



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/289 - 17.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Tagung des Parteivorstandes der CDU	S. 1
Die Ratgeber Eisenhowers	S. 3
NATC-Konferenz ohne Sensationen	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

CDU - Stimme ihres Herrn

(sp) Die Pressekonferenz, auf der die Ergebnisse der Sitzung des Bundespartei Vorstandes der CDU interpretiert werden sollten, war eine traurige Bestätigung der Selbstaufgabe der grössten Regierungspartei. Von den drei Parteivorsitzenden war niemand erschienen, man überliess es dem Dreier-Direktorium der zweiten Garnitur, der in- und ausländischen Presse zu beteuern, dass der Parteivorstand die Haltung der Bundesregierung in den letzten Wochen billigt und sie bittet, so weiterzumachen. Nach der Missachtung des Verfassungsgerichts durch die Regierung besagt diese Beteuerung, dass es der CDU-Vorstand billigt, wenn die Regierung es ablehnte, sich einer verfassungsgerichtlichen Entscheidung zu beugen.

Wenn diese Billigung noch mit der Aufforderung verbunden wurde, die Regierung möge diese Politik "klar und entschlossen fortsetzen", so könnte das als eine Aufforderung zum Staatsstreich interpretiert werden. Wohl gemerkt: wir könnten es so interpretieren, wollten wir der Entschliessung des CDU-Vorstandes eine verbindliche Wirkung auf die Regierung zuerkennen. Wie wenig das möglich ist, machte jene nichtssagende Pressekonferenz deutlich, auf der die meisten Fragen nicht beantwortet wurden oder die Antworten so nichtssagend allgemein waren, dass sie das schallende Gelächter der Journalisten hervorrufen mussten. Die Herren

Riesinger, Tillmanns und Würmeling hätten sich diese Reaktion ersparen können, wenn sie einleitend das einzige Ergebnis der Vorstandssitzung im Sprechchor mit den Worten unterstrichen hätten: Was unser Kanzler auch unternimmt, wir bestätigen ihn, bitten ihn, so weiterzumachen und hoffen, dass wir auch künftig nicht nach einer eigenen Meinung gefragt werden.

Für die politische Entwicklung bedeutet das, dass von der CDU auch künftig kein Schritt zu erwarten ist, der die von der Regierung missachtete Autorität des Staatsoberhauptes und des Verfassungsgerichts wieder herstellen und zu einer Normalisierung des durch die Herausforderungen Dr. Adenauers verschärften Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition beitragen könnte. In der einen und in der anderen Frage legt der CDU-Vorstand, wie auf der Pressekonferenz bestätigt wurde, keinen Wert darauf, dem Bundeskanzler konkrete Vorschläge "mit auf den Weg zu geben". Die Hoffnung, dass der Bundeskanzler in der Auseinandersetzung um seine und der Alliierten Verträge wieder zu Formen zurückfinden wird, die sich mit den Gesetzen einer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie vereinbaren lassen, muss dadurch weiter verringert werden, zumal auch die bayerische CSU und die FDP als Partner der CDU bisher die Praktiken Adenauers tolerierten.

Gegenüber diesem Ergebnis der CDU-Vorstandssitzung ist es in der gegenwärtigen Situation fast von sekundärer Bedeutung, dass die Bonner und Pariser Verträge nicht mehr so entschieden bejaht worden wie bisher. Die Entschliessung spricht zwar noch von einer Ratifizierung "so bald wie möglich", aber es klingt nicht mehr überzeugend. Fast scheint es, als beginne man selbst in der CDU allmählich die Berechtigung der Ablehnung der Verträge durch die SPD einzusehen und nach annehmbaren Formen eines deutschen Verteidigungsbeitrages Ausschau zu halten. Selbst wenn diese Einsicht erst aufgrund des Fiaskos der Regierungspolitik der letzten Wochen spürbar geworden ist - sollte sie sich durchsetzen, dann wäre für die Entwicklung unseres Landes viel gewonnen. Die Erfahrung, dass eine Regierung über das in der Verfassung gesetzte Recht nicht hinweggehen kann, müsste eigentlich auch die Einsicht stärken, dass keine Regierung unverzichtbare Rechte der deutschen Selbstbestimmung preisgeben darf. Davon, ob die Entwicklung der nächsten Monate dem Bundeskanzler diese Einsicht, entgegen seiner bisherigen Politik, abzwingt und davon, ob die Regierungsparteien doch noch die Kraft finden, in diesem Sinne zu handeln, wird Entscheidendes für Deutschland abhängen.

Das neue Kabinett und die neue Politik

H. St. - New York, Mitte Dezember

Der künftige Präsident der Vereinigten Staaten, General Dwight D. Eisenhower, hat, kurz bevor er seinen "Informationsflug" nach Korea antrat, die Ernennungen zu seinem Kabinett vervollständigt. Die "erste Garnitur" der künftigen neuen Washingtoner Regierungsmaschine steht jetzt komplett fest, und auch von der im Range nächstfolgenden zweiten Garnitur - Unterstaatssekretären, Botschaftern auf wichtigen Auslandsposten, Direktoren von Sonderbehörden - hat Eisenhower schon eine Anzahl ernannt. Als die ersten Ministerernennungen bekannt wurden, lief manchen Amerikanern, die in Eisenhower einen Mann der Mitte und des Ausgleiches gesehen hatten, ein gelinder Entsetzenschauer den Rücken herunter.

Big-Business-Einfluß überwiegt

Die ersten Ernennungen waren durchweg freundschaftliche Gesten des Entgegenkommens an das, was man in Amerika, in einem Gemisch von Mißbilligung und Hochachtung, "Big Business" nennt: Generaldirektoren oder Aufsichtsratsvorsitzende von riesigen Industriekonzernen, Großbanken oder Handelshäusern, oder aber Syndizi und Industriejuristen mit ähnlicher Interessenlage und sozialer Position. Im Prinzip ist dagegen, angesichts der üblichen Personalauslese in der amerikanischen Politik, nichts einzuwenden; auch Roosevelt und Truman haben ja Vertreter des "Big Business" in ihre Kabinetts geholt und häufig gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Was aber bei den Eisenhower'schen Ernennungen befremdlich wirken mußte, war die Einseitigkeit, mit der ausschließlich Angehörige dieser Kreise ernannt wurden: Charles Wilson, Verwaltungsratsvorsitzender von "General Motors", dem größten Industriekonzern Amerikas, als Verteidigungsminister; George Humphrey, Generaldirektor von Mark Hanna, einer Holdinggesellschaft, die einen großen Teil der amerikanischen Erzküsten und Eisenhütten kontrolliert, als Schatzsekretär (Finanzminister); Sinclair Weeks, Bankier in Boston, als Handelsminister; John Foster Dulles, Rechtsberater führender Wallstreetbanken, als Staatssekretär; Winthrop Aldrich, Generaldirektor des größten New Yorker Bankhauses, der "Chase National Bank", als Botschafter in London - und so ging die Reihe weiter.

Während die sogenannten Wirtschaftskreise mit ihrer Zustimmung zu dieser Personalpolitik des künftigen Präsidenten nicht kargten, machte sich in der breiten Masse des Volkes eine gewisse Enttäuschung über diese Einseitigkeit breit, die auch in den Spalten vieler Zeitungen Ausdruck fand - sogar solcher Blätter, die, wie die "New York Times", Eisenhower im Wahlkampf nachdrücklich unterstützt hatten. Freilich hat dann, ehe noch eine echte Vertrauenskrise entstehen konnte, der General mit den beiden Männern, die er zum Landwirtschafts- bzw. Arbeitsminister ernannte, den ersten einseitigen Eindruck korrigiert und zwei Mitarbeiter ausgewählt, die zu den Industrie- und Bankvertretern keineswegs passen.

Zwei Außenseiter

Der neue Landwirtschaftsminister Ezra Benson kommt aus der Genossenschaftsbewegung und gilt als fortschrittlicher Mann, der den Agrarkreditbanken und Hypothekenbanken, den Hauptgegnern des freien

amerikanischen Farmers, nicht grün ist - obwohl er in der innerparteilichen Auseinandersetzung im republikanischen Lager gewöhnlich auf Seiten Tafts stand. Der neue Arbeitsminister, Martin Durkin, ist gar ein eingeschriebener Demokrat, hat im Wahlkampf aktiv für die Wahl Stevensons gearbeitet und gehört dem Vorstand der großen Gewerkschaftsvereinigung American Federation of Labor an. Er gehört auch zu denen, die den Widerruf des bekannten Arbeitsgesetzes "Taft-Hartley-Gesetz", das als gewerkschaftsfeindlich gilt, verlangt haben; jetzt als Minister Eisenhowers hat er freilich eingelenkt und erklärt, daß er sich mit einer "Revision" dieses Gesetzes zufrieden geben wolle.

Eisenhower hat mit diesen beiden Männern in seiner engeren politischen Familie eine Art Ausgleich herbeigeführt, der willkommen ist und den im übrigen ausgesprochen konservativen Charakter seines neuen Kabinetts etwas mäßigt. Wie weit sich diese beiden Männer immer durchsetzen können, mag zweifelhaft sein; aber offen arbeiterfeindliche oder bauernfeindliche Vorstöße, sollten sie von irgendeiner Seite einmal unternommen werden, dürften jedenfalls am Widerstand dieser beiden Männer scheitern und Eisenhower hat seinen schwankend gewordenen Ruf bestätigt, ein Mann der gemäßigten Mitte und des Ausgleiches zu sein.

Zwischen Taft und Dewey

Eisenhower mußte sorgsam Bedacht darauf nehmen, zwischen den beiden feindlichen Flügeln in der eigenen Partei, dem gemäßigten oder liberalen Flügel Deweys und dem ausgesprochen konservativen Flügel Tafts einher zu balancieren. Der Taft-Flügel ist, im Kongreß wie in der Parteihierarchie, der bei weitem stärkere; aber dem Dewey-Flügel gehört Eisenhower selber an, und Deweys Einfluß auf den künftigen Präsidenten ist groß, Eisenhower hat weitgehend bei der Besetzung seiner Ministerämter auf Dewey gehört. Um Frieden und Eintracht in der Partei zu wahren, mußte er dafür auch einige Leute aus dem "Lager Taft" berücksichtigen, tat das aber so, daß er Tafts direkte Vorschläge übergang und Leute eigener Wahl heranholte, von denen er nur wußte, daß sie Taft ideenmäßig nahestanden.

Widerstand im Kongreß ?

Es erhebt sich die Frage, wie weit Eisenhower in seiner künftigen Politik auf Zustimmung oder Opposition im Kongreß stoßen wird - im Grunde die Zentralfrage der künftigen amerikanischen Innenpolitik. Hinter Taft steht nun einmal die Mehrheit der republikanischen Kongreßfraktion in beiden Häusern des Parlamentes, und wenn Taft, erzürnt und unveröhnt, in die Opposition geht, dann sieht es mit den Gesetzesvorlagen und Kreditbegehren des künftigen Präsidenten übel aus. Die "Flitterwochen" nach der Wahl pflegen nicht lange anzuhalten, und Eisenhower wird mit der konservativen Kongreßmehrheit (zu der ja auch immer verschiedene Demokraten hinzukommen) manchen schweren Strauß auszufechten haben - oder aber vor ihr kapitulieren müssen. Und von der Frage, wie sich bei der Machtprobe Taft-Eisenhower das Zünglein an der Waage neigt, wird das Schicksal der künftigen amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik, der Außenhandels-, Sozial- und Steuergesetzgebung in allerhöchstem Maße abhängen.

+ + +

Zwischen NATO und EVG

-r-t. Bisher hat es noch keinen aktiven General gegeben, der, wenn er mehr Geld, Truppen und Material von widerspenstigen Regierungen abforderte, sich nicht auf eine düstere politisch-militärische Situation berufen hätte. So auch General Ridgway, der Oberkommandierende der Atlantikpakt-Streitkräfte in Europa und verantwortlich für die Verteidigung Westeuropas.

Sein auf der Pariser Konferenz der NATO erstatteter Bericht über den gegenwärtigen Stand der westeuropäischen Verteidigung und ihrer Möglichkeiten trägt pessimistische Züge, obgleich auch die Fortschritte nicht geleugnet werden, die innerhalb eines Jahres, seit der Januar-Konferenz in Lissabon, gemacht wurden. Das damals weitgesteckte Programm war nicht durchführbar. Die Regierungen hatten sich übernommen. Heute sind sie genötigt, allenthalben Abstriche vorzunehmen. Weder wurde die Zahl der vorgesehenen Divisionen erreicht, noch erhielten die europäischen Mitglieder des NATO-Paktes alle von Amerika zugesagten militärischen Lieferungen. Es fehlt an Divisionen und an Material, Grund genug für Ridgway, mit dem Tempo des Fortschritts nicht zufrieden zu sein.

Zwei in ihren Auswirkungen unberechenbare Faktoren überschatten die Pariser Konferenz: Die Unsicherheit über die Größe und das Ausmaß künftiger amerikanischer militärischer Lieferungen, und das Schicksal der EVG, von der niemand weiß, ob sie angesichts der Widerstände in der Bundesrepublik und in Frankreich jemals Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Das gegenwärtige amerikanische Hilfsprogramm läuft am 30. Juni 1953 ab. Vorsorglich hat der amerikanische Außenminister Acheson schon vor dem Zusammentritt der Konferenz davor gewarnt, von der Pariser Konferenz etwa "sensationelle Ergebnisse zu erwarten". Die Größe des künftigen amerikanischen Budgets ist nicht bekannt, aber bekannt sind die Neigungen der republikanischen Kongressmehrheit, das europäische Hilfsprogramm radikal zu kürzen. Von den amerikanischen Waffenlieferungen aber sind die europäischen Divisionen zu einem großen Teil abhängig. Der Korea-Krieg verschleißt ungeheure Mengen der USA-Rüstungsproduktion; daran dürfte sich auch im kommenden Jahr nicht viel ändern.

Man rechnet sogar mit einem noch größeren Verschleiß, da selbst Eisenhower nach seiner Rückkehr aus Korea zugeben mußte, er habe kein Rezept, um diesen Krieg zu beenden. Er wird weitergehen.

Offiziell steht die Frage eines deutschen Wehrbeitrages, ob in der Gestalt der EVG oder in anderer Form, nicht auf der Tagesordnung. Sie beherrscht jedoch die Diskussionen und bestimmt jetzt schon in entscheidendem Maße die künftigen Pläne der NATO; es heißt sogar, amerikanische Waffen seien für die aufzustellenden deutschen Truppen schon aufgestapelt.

Die Westmächte stehen hier freilich auf einem höchst unsicheren und schwankenden Boden. Vor einem Jahr rechneten sie, vor allem Amerika, mit der Ratifizierung des EVG-Vertrages innerhalb von sechs Monaten. Heute kann von einer Annahme der EVG-Verträge durch die Parlamente der Schumanplan-Länder innerhalb von einem halben Jahr überhaupt keine Rede mehr sein; je mehr Zeit dahinfließt, umso größer wird die Unlust der beteiligten Staaten, sich auf ein Experiment einzulassen, das so viele Gebrechlichkeiten aufweist und eher geeignet ist, die Explosionsgefahren zu steigern, statt sie zu lindern.

Allenthalben sieht man die Revisionsbedürftigkeit dieses fragwürdigen Vertragssystems ein, nur die deutsche Bundesregierung macht davon eine Ausnahme. Sie fürchtet ein durch neue Verhandlungen entstehendes Vakuum in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, eine Furcht, die ganz und gar, beispielsweise von den Franzosen, nicht geteilt wird. So ist Paris bestrebt, durch zusätzliche Sicherungen, vor allem Englands, neue Bestimmungen in den Vertrag einzubauen. Von Englands engster Teilnahme an der EVG macht es seine Zustimmung abhängig, ein Verlangen, das unrealistisch ist, weil Großbritannien keinen Zweifel daran gelassen hat, daß es sich niemals an einer derartigen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen werde, sofern die USA draussen bleiben. Um das zu tun, müßten die USA ihre Verfassung ändern - ein phantastisches Verlangen, das im USA-Kongreß nur auf ein Lächeln stoßen kann.

Es ist in diesem Zusammenhang der Plan aufgetaucht, die Bundesrepublik direkt als Mitglied in den Atlantik-Pakt aufzunehmen. Die regierungsfreundliche Presse hat diese Idee aufgegriffen. Solange die

Westmächte nicht wissen, was sie wollen und solange sie immer noch mit der Möglichkeit einer globalen Verständigung mit der Sowjetunion rechnen, und alles vermeiden, diese Möglichkeiten zu verschütten, gezieht es uns Deutschen nicht, sich hier festzulegen. Man muß die Entwicklung erst ausreifen lassen. Die Pariser NATO -Konferenz gibt keinen Anhaltspunkt, in welcher Richtung diese Entwicklung laufen wird.

+ + +

Nur "volkseigene" Betriebe dürfen bauen

Arbeitskräfteeinsatz völlig gescheitert

Das Ostbüro der SED teilt mit:

Dem Ministerrat der Sowjetzonenregierung liegt ein neues Wohngesetz zur Beschlußfassung vor, das vom ZK der SED bereits genehmigt wurde. Als Rechtsträger für Wohnungen in Städten und ländlichen Bezirken sollen danach in größtem Ausmaß volkseigene Betriebe bestimmt werden. Die SED hofft damit Schwierigkeiten auszuschalten, die sich aus dem Fehlen von ausreichenden Wohngelegenheiten in den sogenannten Planschwerpunkten ergeben. Darüber hinaus soll durch eine völlige Bindung der Arbeitskräfte an die VEB die Fluktuation der Arbeitskräfte weitgehendst eingeschränkt werden.

Diese Maßnahmen wurden notwendig, da die Arbeitskräftelenkung in keiner Weise den Erwartungen der SED entsprach. Aus Mangel an Arbeitskräften würde u.a. in den Schwerpunktbetrieben die Planerfüllung in Frage gestellt. Das Ergebnis dieser Situation ist eine Krise, die um den Arbeitsminister Chwalek ausgebrochen ist.

Die Arbeitskräftelage ist vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft katastrophal geworden. Durch die Werbung für die Vopo ist in einzelnen Kreisen der größte Teil junger Arbeitskräfte abgezogen worden. Der Landwirtschaft stehen praktisch nur noch ältere Hilfskräfte zur Verfügung. Der Ausfall einzelner Arbeitskräfte durch Krankheit genügt schon, um die Erfüllung des Abgabesolls der Wirtschaft unmöglich zu machen.

x

Massenhafte Personalentlassungen

Im Zuge der Überprüfung aller sowjetzonalen Partei- und Organisationsleitungen sind umfangreiche Personalentlassungen vorgenommen worden. Nach einer Anweisung Ulbrichts sollen die "Wasserköpfe" dieser Zentralen aus finanziellen Gründen verkleinert und eingeschränkt werden. Eine Ausnahme bilden die Westabteilungen dieser Organisationen, die nicht nur in vollem Umfange aufrechterhalten, sondern darüber hinaus ausgebaut werden sollen. Die Personalentlassungen werden zu einer neuen politischen Säuberungsaktion ausgenutzt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau